

# Synodemeldung

---

Sachbearbeiter: Thomas Gehrig

6. Dezember 2011

## **Pragmatische Hilfsstelle wird stärker unterstützt**

**Der jährliche Kredit an die Kirchliche Anlaufstelle Zwangsmassnahmen wird um 4'000 auf 30'000 Franken erhöht und bis 2015 verlängert. Die pragmatische Zusammenarbeit mit den kantonalen Stellen wird grösstenteils als sinnvolles Vorgehen angesehen.**

Synodalrätin Pia Grossholz erläutert Zweck und Hintergründe der 1998 gegründeten Kirchlichen Anlaufstelle Zwangsmassnahmen (KAZ). Das Projekt wird von der Interkonfessionellen Konferenz IKK der drei Berner Landeskirchen und der jüdischen Gemeinde Bern getragen.

Die KAZ wurde in Absprache mit dem Berner Regierungsrat gegründet und soll die Situation für Ausländerinnen und Ausländer verbessern, die von Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht und dabei insbesondere von Ausschaffungs- und Durchsetzungshaft betroffen sind.

Weil die Haftbedingungen auch gemäss Verwaltungsgericht in gewissen Punkten immer noch nicht dem Schweizer und den Menschenrechten entsprechen, ist die KAZ immer noch notwendig. Bei den betroffenen Menschen handelt es sich nicht um Verbrecher, aber um Personen, die sich illegal in der Schweiz aufhalten.

Für Männer besteht in der Strafanstalt Witzwil immerhin eine eigene Abteilung. Frauen sind dagegen im Regionalgefängnis Bern in Einzelhaft, weil für eine gesetzeskonforme Unterbringung nicht genügend Plätze vorhanden sind. Für Pia Grossholz bleibt die KAZ solange nötig, bis die Bedingungen gesetzeskonform sind.

Die Finanzierung erfolgte 2003 mit einem Teil der Weihnachtskollekte. Seit 2008 ist der Beitrag von Refbejuso im Budget. Die meisten Kosten fallen für die Geschäftsführung an, die allerdings zu deutlich tieferen Honoraransätzen als auf dem Markt üblich arbeitet. Die Betreuung vor Ort erfolgt durch Freiwillige und ist kostenlos.

Der Synodalrat beantragt für die Periode 2012 bis 2015 eine Beitragserhöhung um 4'000 auf 30'000 Franken.

Helmy Witzler (Niederbipp) äussert sich für die mehrheitlich zustimmende Finanzkommission. Die KAZ ist weiterhin notwendig, weil es bei Asylverfahren Fehlentscheidungen geben kann.

Die Geschäftsprüfungskommission unterstützt das Geschäft einstimmig und zeigt sich laut ihrem Sprecher Hans Ulrich Germann (Brügg) erfreut, dass eine vierjährige Verlängerung beantragt wird. Ausschaffungshaft ist eine schwierige Situation, in welcher manchmal juristische Beratung oder Zuwendung notwendig sind.

Ulrich Schüpbach (Mühlethurnen) stellt für die Positiven fest, dass Migration, unabhängig von deren Ursache (wirtschaftlich oder wegen Lebensgefährdung) selten freiwillig erfolgt. Er erachtet diese Betreuung als gelebte Diakonie, bedankt sich bei den Freiwilligen und erachtet das Geld als sehr gut eingesetzt.

Für die Kirchliche Mitte äussert sich Monika Tschanz (Signau) zustimmend. Die Mitarbeitenden der Anlaufstelle erfüllen einen grundlegenden Auftrag von Jesus, sich für die Minderen zu kümmern.

### **Breite Unterstützung für pragmatisches Vorgehen**

Für Heinz Wymann (Lützelflüh) und die Unabhängigen ist die Fortführung der KAZ unabdingbar, weil zunehmender Bedarf besteht.

Beatrice Schwab (Bern) beschreibt die KAZ namens der GOS als wertvolle menschliche Stütze. Sie lobt die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Besuchsdienst und Rechtsbeistand.

Jean-Francois Perrenoud (Tramelan) und die Jura-Fraktion erachten die KAZ als wichtigen Beitrag. Er kritisiert aber, dass die Zusammenarbeit mit den Behörden signalisiere, dass wir die Behörden unterstützen würden. Für ihn sind Zwangsmassnahmen ein Skandal, weil Menschen eingesperrt werden, die sich nicht schuldig gemacht haben. Er fordert auch Engagement gegen Rückschaffungsflüge und keine Begleitung. Perrenoud will ein Communiqué, um zu dokumentieren, dass Refbejuso mit Zwangsmassnahmen nicht einverstanden ist. Es gehe um eine Lösungssuche für Menschen, die Hoffnung in die Schweiz gesetzt haben.

Pia Grossholz bedankt sich für die breite Unterstützung und erläutert, warum ein anderer Weg als der vom Jura postulierte begangen wird. Um möglichst viel Nutzen für die betroffenen Menschen zu erzielen, wird eine konstruktive Zusammenarbeit mit den kantonalen Stellen gesucht. Refbejuso sucht Verbesserungen und Lösungen und vermeidet Fronten.

### **Abstimmung**

168 Ja : 1 Nein (3 Enthaltungen)